Badische Heimat 60 (1980)

Aus Offenburgs großer Zeit

Die Offenburger Versammlungen von 1847—1849

Ludwig Vögely, Karlsruhe

Wenn durch die baden-württembergischen Heimattage 1980 viele Menschen nach Offenburg kommen, so besuchen sie eine Stadt mit großer historischer Tradition. Die an Höhepunkten und Talfahrten reiche Geschichte der Reichsstadt Offenburg schließt mit dem Jahre 1802, wo sie infolge der durch den Reichsdeputationshauptschluß 1803 dem Markgrafen Karl Friedrich zugesprochenen Entschädigungen durch eine etwas früher erfolgte Besitznahme in das spätere Großherzogtum Baden überging. 45 Jahre danach (1847—1849) stand die Stadt im Mittelpunkt brisanter politischer Ereignisse. Drei große Volksversammlungen wurden in Offenburg abgehalten, Versammlungen, die Barometer der badischen Revolution in ihrem Beginn und Ablauf darstellten. Man ging nach Offenburg, weil hier liberale und demokratische Gesinnung, repräsentiert durch den Bürgermeister Rée, eine gute Aufnahme garantierten, und weil die Stadt durch die günstige Verkehrslage sich dazu anbot. Das noch neue Verkehrsmittel Eisenbahn wurde zu einem hervorragenden Helfer der revolutionären Bewegung. Von Offenburg aus, in gehöriger Entfernung zur Residenz Karlsruhe, ließen sich die politischen Fäden nach allen Richtungen wirkungsvoll ziehen.

Es ist klar, daß die komplexen Ereignisse der badischen Revolution von 1848/49 im Rahmen dieses Aufsatzes nicht in Ausführlichkeit dargestellt werden können. Es kann — als Vorgeschichte — nicht über die Enttäuschung der Völker durch die Ergebnisse des Wiener Kongresses berichtet, nicht über den Deutschen Bund und die Bundesakte referiert werden. Die reaktionäre Politik Metternichs kann nur im Zusammenhang mit dem Thema berührt werden, wenn es darum geht, ihre verhängnisvolle Rolle aufzuzeigen, die sie gerade in Baden gespielt hat. Die Karlsbader Beschlüsse (1819) können nur mit ihren Auswirkungen auf das so heiß umkämpfte Recht der Pressefreiheit herangezogen werden. Um dieses wichtige Problem wenigstens anzureißen, sei hier Stiefel zitiert, weil er in gestraffter Kürze den vorrevolutionären Stand der Dinge zusammenfaßt: „Die immer wieder geforderte Pressefreiheit wurde für den badischen Liberalismus in den Jahren 1831 zur cause célèbre. An ihr entzündete sich der Freiheitswille des badischen Volkes immer wieder aufs neue. Die badische Verfassung hatte die Frage der Pressefreiheit dahin geregelt, daß diese nach den Bestimmungen der Bundesversammlung gehandhabt wurde. Die die Pressefreiheit programmäßig statuierenden Bestimmungen der Bundesakte waren im Rahmen der Karlsbader Beschlüsse durch das provisorische Pressegesetz vom 20. 9. 1819 einschränkend modifiziert worden. Im Jahre 1831 stand die Verlängerung der Karlsbader Beschlüsse durch ein definitives Bundesgesetz bevor. Die badischen Landstände waren sich in der Ablehnung dieser Entwicklung einig und verlangten von der badischen Regierung ein freiheitliches Pressegesetz. Ein Regierungsentwurf entsprach diesem Verlangen. Der Bund seinerseits intervenierte. Die badische Regierung war bereit einzulenken und präsentierte den Landständen einen abgeschwächten Entwurf, in dem auf die Präventivzensur nicht-

politischer Druckerzeugnisse und politischer mit mehr als 20 Druckbogen verzichtet war. Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs des polnischen Aufstandes nahmen die Kammern diesen Entwurf am 28. 12. 1831 an. Eine Vollzugsverordnung erging am 13. 2. 1832. Die reaktionären Kräfte im Bund, an ihrer Spitze der österreichische Staatskanzler Clemens Fürst von Metternich, glaubten mit der Unterdrückung der Pressefreiheit, von Metternich als Geißel der Welt angesehen, den für Gesamtdeutschland gefährlich erscheinenden starken badischen Liberalismus schwächen und niederhalten zu können. Man war von Bundes wegen entschlossen, aufs Ganze zu gehen. Die Gefahr der Bundesexekution gegen Baden, zu der vorbereitende Ordres bereits gegeben waren, war nahegerückt."[1]) Folgenschwer war auch, daß die Reformgesetzgebung Halt vor dem Besitz vor allem der Grund- und Standesherren machte, die 1803—1806 mediatisiert worden waren. Daraus sind spätere Forderungen erklärbar.[2])

Von den Staatsschöpfungen von Napoleons Gnaden war das Großherzogtum Baden wohl die künstlichste. Das Land mit dem schmalen Körper wendete seinen süddeutschen Nachbarn gewissermaßen den Rücken zu und war eingezwängt zwischen Rhein, Schwarzwald und Bodensee. Es war offen den Nachbarn im Westen (Frankreich) und Süden (Schweiz) und war ausgesetzt deren andersstaatlichem Denken, das in der Propaganda über die Grenzen eindrang. Vor allem aber besaß Baden keinen einheitlichen Bevölkerungsstamm als Basis. In diesem Großherzogtum kamen Durlacher, Baden-Badener, Pfälzer, Vorderösterreicher, Markgräfler, Bodenseeschwaben zusammen, die in Temperament, Glauben, Überlieferung und vor allem in der Sprache weit auseinander lagen.[3]) Die Verstädterung war noch recht bescheiden, es gab nur 12 Städte über 5000 Einwohner, und die Industrialisierung befand sich noch in der Anfangsentwicklung. 1844 waren 14400 Arbeiter in den Fabriken beschäftigt, 1849 waren es 17100, aber nur in Mannheim begann sich eine radikalere Fabrikarbeiterschaft zu bilden. Die wirkliche Not und Armut saß in den übervollen Dörfern, wo keinerlei außeragrarische Verdienstmöglichkeiten vorhanden waren.[4]) Und doch: „Dieses ganze Land war ja eine große Verwöhnung: Deutschlands goldener Garten, bekrönt durch die feine ruhige Schönheit weiter Tannenwälder, ein milder, warmer Gau, gehegt von den blauen Höhen, gastlich und freundlich, vielleicht ein wenig zu milde, voller Lebensart und Menschlichkeit jedenfalls, verwandtschaftlich gestimmt für alle Eingeborenen, kultur- und bildungsfroh, mehr künstlerisch als grüblerisch und geneigt, das Wort, den Augenblick, die Stimmung, den eigenen Wert, die eigene Art etwas zu überschätzen. Der große Strom der Zeitgedanken bespülte, dem Rhein vergleichbar, das badische Land; es stand ihnen offen, es wollte und mußte ihnen offen stehen, westlich und europäisch wie es nun einmal war."[5]) Und trotzdem gibt es keinen Zweifel, daß Baden der am wenigsten widerstandsfähige Staatskörper von allen Bundesstaaten geworden ist. Die Gründe, die oben schon angeklungen sind, seien in gebotener Gerafftheit angeführt:

1. Das Fehlen einer gewachsenen historischen Tradition. Die badische Verfassung von 1818 hatte deshalb die wichtige Aufgabe, das aus einer großen Anzahl geistlicher und weltlicher Gebiete zusammengesetzte Land zu einem funktionierenden Staatswesen zusammenzufügen. Daß sie diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, lag nicht an ihr selbst, sondern an der reaktionären Metternichschen Politik, die das verfassungsgerechte Staatsleben verhinderte. (Vergleiche die Forderungen der Offenburger Versammlung von 1847.) Die entscheidenden Ursachen der revolutionären Bewegung liegen im sozialpsychologischen Bereich: Man lebte in einer

staatlichen Ordnung, die man nicht ernst nehmen konnte, weil ihr die Glaubwürdigkeit fehlte. Sehr wesentlich war dabei, daß Großherzog und liberales Bürgertum von der Verfassung und Landtagsarbeit sehr verschiedene Dinge erwartet hatten. Für den Großherzog sollte die Verfassung die Einheit des Landes sichern, die Liberalen hingegen wollten im Parlament Reformen durchsetzen, die den alten Obrigkeitsstaat überwinden sollten. Angesichts der Lage schmolz diese Hoffnung zusammen, und es wuchs die Zahl derer, die „auf Veränderung durch offene Aktionen" hofften.[6])

2. Der badische Liberalismus wurde dadurch zum Vorkämpfer der deutschen Einheit und Freiheit (Einigkeit — Recht — Freiheit). Die Liberalen bildeten das Sammelbecken der fortschrittlichen Kräfte und erhofften die Erfüllung ihrer Forderungen nach mehr Bürgerfreiheit und nationaler Einheit unter Führung von Bassermann und Mathy auf reformerischem Wege zu erlangen. Der Liberalismus bildete den natürlichen Gegensatz, „der sich gegen die Unbeschränktheit in Staat und Kirche, gegen Adel und Privilegien und zuletzt gegen die Bureaukratie ausgebildet hatte." (Nach Vollmer, a.a.O. S. 48.) Der Kampf der Kammeropposition galt dem Scheinkonstitualismus der Regierung. Auch die Republikaner, die bis kurz vor der Revolution mit den Liberalen gingen, „schöpften ihre Kraft aus der gleichen Quelle"[7]).

3. Starke Wirkung ging von den politischen Einflüssen von Frankreich und der Schweiz aus. Politische Ideen und Gedanken machen an den Grenzen keinen Halt.[8]) Sicher haben die Hungerjahre 1817, 1846 und 1847 zur Radikalisierung beigetragen, wenn sie auch nicht zur Ursache der Revolution wurden.[9])

4. Eine große Rolle spielte das regierende Haus. Die kurze Zeit des Bestehens des Großherzogtums ermöglichte noch keine gefestigte Loyalität. Die Vorgänge um das „Sterben der Zähringer" waren nicht dazu angetan, die Popularität der jungen Dynastie zu fördern. In die entscheidende Zeit nach dem Wiener Kongreß fiel die Regierung des Großherzogs Ludwig (1819—1830). Dieser untergrub durch seine Günstlingswirtschaft und die von ihm geförderte Beamtenwillkür das Ansehen der Regierung und der Dynastie in unverantwortlicher Weise. Er beschwor die erste große Konfrontation mit der Kammer herauf, als ihm die Karlsbader Beschlüsse die Handhabe boten, die Kammer aufzulösen und mit der durch eine starke Wahlbeeinflussung neu gewählten, die „Rückwärtsrevision" der Verfassung einzuleiten. Deshalb wurde der Großherzog Leopold (1830—1852) voller Hoffnung begrüßt. Er war persönlich untadelig, aber ein Zauderer und ein sich schwer zu einem Entschluß durchringender Charakter, Einflüssen stark preisgegeben. Als ihn die Wucht der Revolution traf, zeigte er sich seiner Aufgabe nicht gewachsen.[10])

5. Der zähe politische Krieg der Zweiten Kammer, geführt hauptsächlich um die Realisierung der Verfassung, erreichte seinen vormärzlichen Höhepunkt, als nach dem Tode Ludwig Winters der Freiherr von Blittersdorff Regierungschef wurde. Sein Kabinett trug wesentliche Mitschuld an den Aufständen 1848/49. Blittersdorff, der „Metternich im Westentaschenformat", war viele Jahre badischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt und in seinem innersten Wesen nach konservativ. Er unterstützte die Politik Metternichs aus Überzeugung. Sein Kampf gegen den badischen Liberalismus trug eine tiefe Feindseligkeit gegen die Regierung nicht nur in das Parlament, sondern auch in das Volk. Diese Feindschaft gegen das Ministerium Blittersdorff einigte die Opposition der II. Kammer von Welcker bis Hecker. Sie erzwang, daß der Großherzog 1843 Blittersdorff fallen ließ, der wieder nach Frankfurt

ging. Schließlich brachte die Opposition den konstitutionell gesinnten Bekk an die Spitze des Ministeriums. Dieser machte Reformzusagen und versprach, sich beim Bundestag für die Abschaffung der Zensur zu verwenden. Weil er aber Blittersdorff beim Bundestag beließ, bekämpfte ihn der radikale Teil der Opposition rücksichtslos. (Vgl. dazu Vollmer, a.a.O. S. 50, Lautenschlager, a.a.O. S. 23.)

6. Die Haltung zum Ministerium Bekk-Dusch spaltete also die Opposition, die so lange einen gemeinsamen Kampf geführt hatte. An der Frage, ob Monarchie oder Republik schieden sich die Geister, und fortan gab es die „Ganzen" (Republikaner) und die „Halben" (konst. Liberale). Die Liberalen unter Welcker, Rotteck, Mathy, Bassermann versagten sich der Regierung nicht.[11]) Sie anerkannten den konstitutionellen Regierungswillen und die angestrebten Reformen. Die Linken hingegen (Hecker, Struve, Brentano, Goegg usw.) aber fanden keinen Zugang mehr zu einer Regierungsform, die in ihren Augen versagt hatte und mit schweren Hypotheken belastet war. Der Regierung aber gelang es nicht, die konstitutionelle, liberale Opposition fest an sich zu binden und der radikalen Linken durch die „Abkehr von der belasteten Vergangenheit, den Wind aus den Segeln zu nehmen".[12])

7. Die radikale Presse entwickelte eine hoch einzuschätzende Wirkung im Dienst der Republikaner („Multiplikationsfunktion"), vor allem die „Mannheimer Abendzeitung", die Heidelberger „Republik", Struves „Deutscher Zuschauer" und besonders Joseph Ficklers Konstanzer „Seeblätter". Ihre wahrhaftig nicht zimperliche Agitation richtete sich gegen die Regierung und die „faule, schamlose, wurmstichige Sumpf- und Rumpfkammer".[13]) Ihr scharfer Spott galt ebenso dem Frankfurter Parlament. Die Macht der Beeinflussung durch die Presse und den Wirkungsgrad gezielter Demagogie können wir heutigen Menschen voll ermessen.

Zwei Zusammenkünfte im Herbst 1847 weckten starke Unruhe bei der badischen Regierung. In Offenburg fand am 12. September 1847 eine Versammlung unter Struves und Heckers Leitung statt. „Noch wurde die Republik nicht gefordert; aber daß die Revolution mit aller stürmischen Leidenschaft angekündigt wurde, konnte nicht mißverstanden werden".[14]) Dieser Versammlung ging eine solche der liberalen Opposition in Durlach am 29. 11. 1846 voraus, die als Ergebnis einmal die Gründung einer liberalen Zeitung („Deutsche Zeitung") unter Mathy hatte, zum andern die alten konstitutionellen Forderungen erhob. Durch die herrschenden politischen Zustände, vor allem in Österreich und Preußen, waren diese aber nicht zu realisieren. Dies ließ viele Teilnehmer erkennen, daß auf diesem Kurs nicht weiterzukommen war. Sie trennten sich von den konstitutionellen Liberalen und kamen am

12. September 1847 in Offenburg zu einer „Versammlung entschiedener Verfassungsfreunde"

zusammen.

Eine gedruckte Einladung wurde von Mannheim aus verbreitet. Sie lautete: „An verschiedenen Orten unseres Landes wurde bei Gelegenheit des Jahrestages unserer Verfassung eine Feier abgehalten, welche zu mannigfachen Erörterungen über die Art und Weise, wie dieselbe ins Leben eingedrungen sei, führte. Die Kreise, in denen dies geschah, waren jedoch größtenteils nicht sehr zahlreich, auch umfaßten sie gewöhnlich nur die Einwohner eines oder nur weniger Orte des Landes. Von größter Wichtigkeit für die gegenseitige Verständigung würde aber eine Versammlung sein, welche von allen Bewohnern aller Teile unseres Großherzogtums besucht würde. Die Endesunterzeichneten, von dieser Ansicht durchdrungen, laden daher alle entschiedenen Freunde der Verfassung

auf Sonntag, den 12. September ds. Js. mittags 1 Uhr nach Offenburg zum ‚Salmen' zu einer Besprechung über unsere Verfassungszustände ein. Ein einfaches Mittagsmahl wird die Besprechung einleiten. Zu derselben erlauben wir uns, auch Sie, hochgeehrter Herr, einzuladen. Mannheim, den 28. August 1847." Es unterschrieben zuerst Hecker, Grohe, G. v. Struve. Nach weiteren Unterschriften folgen für Offenburg Rehmann, Rée, Stigler, Anton Armbruster und Joh. Armbruster.[15])

Noch war diese Zusammenkunft in Offenburg keine ausgesprochen revolutionäre Versammlung, aber man stellte sehr bestimmte Forderungen zur Reform des Staates auf. Sie lauteten:

1. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung.

Art. 1: Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung lossage von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahre 1819, von den Frankfurter Beschlüssen vom Jahre 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen vom Jahre 1834. Diese Beschlüsse verletzen gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte, wie die deutsche Bundesakte und unsere Landesverfassung.

Art. 2: Wir verlangen Pressefreiheit. Das unveräußerliche Recht des Menschen, seine Gedanken unverstümmelt mitzuteilen, darf uns nicht länger vorenthalten werden.

Ansicht von Offenburg um die Mitte des 19. Jahrhunderts Foto: Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Friedrich Hecker Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Art. 3: Wir verlangen Gewissens- und Lehrfreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich anmaßen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntnis hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate. Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lernende und Lehrer, der Unterricht scheide keine Konfession.

Art. 4: Wir verlangen Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand drückt, bekräftige gleich den übrigen Bürgern seine Verfassungstreue.

Art. 5: Wir verlangen persönliche Freiheit. Die Polizei höre auf, den Bürger zu bevormunden. Das Vereinsrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Einzelnen, sich zu ernähren, das Recht des Volkes, sich zu versammeln und zu reden, sich zu bewegen auf dem Boden des deutschen Vaterlandes, seien hinfür ungestört.

2. Entwicklung unserer Verfassung

Art. 6: Wir verlangen Vertretung des Volkes beim Deutschen Bunde. Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7: Wir verlangen eine volkstümliche Wehrverfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen. Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8: Wir verlangen eine gerechte Besteuerung. Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An Stelle der bisherigen Steuern trete eine progressive Einkommensteuer.

Art. 9: Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht allen zugleich zugänglich werde. Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Verteilung aufzubringen.

Art. 10: Wir verlangen Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen.

Art. 11: Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschworenengerichte. Der Bürger werde vom Bürger gerichtet, die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12: Wir verlangen eine volkstümliche Staatsverwaltung. Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestimmen. An die Stelle der Vielregierung trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13: Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte. Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.[16])

Die Forderungen teilen sich in zwei klare Abschnitte. Neben der Wiederherstellung der verletzten Verfassung wollte man deren Weiterentwicklung. Der revolutionäre Geist wurde spürbar, begreiflich, wenn es bei einer Versammlung gilt, gegen den konservativ werdenden Liberalismus zu agitieren. Vielleicht fühlte man sich auch angefeuert durch die Zunahme der radikalen Stimmen in Frankreich und durch den Sieg der Radikalen im Sonderbundskrieg der Schweiz.[17]) Immerhin enthielt der Katalog alte Volksforderungen, z.B. Presse-, Gewissens- und Lehrfreiheit. Ein neuer demokratischer Sozialismus klingt an in den Forderungen nach volkstümlicher Wehrverfassung, allgemeiner Zugänglichkeit des Unterrichts, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, Abschaffung aller Vorrechte.[18]) Diese Forderungen sind das eigentlich Revolutionäre des Programms. In einem Brief eines Parteifreundes an Karl Mathy vom 18. 10. 1847 befindet sich denn auch die Klage über den „hirnlosen Zank der Halben und Ganzen; die Offenburger Versammlung sei eine freche Kriegserklärung der Zeitungsschreiber; Banditentum und Plünderung der Kommunisten stehe nun bevor; eine Partei habe sich nun gebildet, deren stehendes Heer die betörten Handwerksburschen und beutelustigen Schüler Babeufs sein sollen".[19]) Die badische Regierung zögerte nicht, Untersuchungen gegen die Redner einzuleiten und ähnliche Versammlungen zu verbieten.[20])

In der Nachfolge von Offenburg fand am 10. Oktober 1847 in Heppenheim a.d. Bergstraße eine Versammlung der liberalen Mitglieder der Kammeroppositionen Badens, Württembergs und Hessens statt. Es war keine große Versammlung, es war ein Treffen Gleichgesinnter, der „Halben", wie Struve gesagt haben würde. Aus Baden kamen Bassermann, Mathy und der greise v. Itzstein. Im Gegensatz zu Offenburg waren hier wirklich einflußreiche Männer zusammen, die ihr Vorgehen für die nächsten Monate koordinieren wollten über die Landesgrenzen hinweg, und deren Aussprache hauptsächlich der deutschen Frage galt.[21]) „Die badischen Politiker waren dabei die führenden, der Wille, deutsch zu sein, war hier vielleicht am lebendigsten, er war in alten Kämpfen oftmals bewährt, zu neuen Kämpfen fühlte er eine entschlossene Bereitschaft".[22]) Dieser liberalen Opposition ging es um Deutschland und nicht in erster Linie um die eigenen Länder. Deshalb wurde die Heppenheimer Versammlung — gerade in ihrer Polarität zur Offenburger — nicht nur von der badischen Regierung als das bedeutendste Ereignis der letzten Jahre angesehen, denn es sei der Versuch gemacht worden, ein Volksparlament zu schaffen, das sich über den Bund und die Einzelregierungen stellte.[23]) Im übrigen konnte man diese Art von „Privatbesprechungen" nicht verbieten, wenn auch viele Zusammenkünfte nicht mehr harmlos waren, schon der Radikalen wegen, und man versuchte die Dinge dadurch in den Griff zu bekommen, daß man in Baden und Württemberg höhere Polizeibeamte als Verbindungsleute für die politische Überwachung ernannte!

Die Offenburger Versammlung vom 19. März 1848

Die politischen Ereignisse kamen immer schneller in Bewegung. Die Februarrevolution in Frankreich rief in Deutschland einen Sturm hervor, leitete die Märzrevolution ein, die alles Morsche hinwegfegte und die Staatsgefüge in ihren Grundfesten erzittern ließ. Veit Valentin meint dazu, etwas lyrisch, aber dennoch zutreffend: „Dieser Frühling von 1848 war ein Naturerlebnis, wie es unser karges Klima auch den glücklicheren Landen am Rhein, Main und Neckar nur selten, den nördlichen und östlichen Gauen fast nie spendet. Die verführerische Sonne ließ auch in den Menschen etwas Ungeahntes aufblühen: sie sammelten sich und sprachen, sie forderten und erreichten alles, sie bekränzten

sich, sie tranken sich zu und feierten. Feinde umarmten sich, Verbannte und Verketzerte stiegen auf zu frohlockender Führerschaft, Schuld- und Fluchbeladene verschwanden stille, niemand tat ihnen weh, und alle waren gerührt. Die deutsche Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit triumphierte über alle Vorsicht, über jede schwere, böse, erschütternde Erfahrung der alten Zeit."[24]) Zum ersten Male erhob sich in der Märzbewegung in allen deutschen Ländern eine politische Sprache, und es zeigte sich, daß die deutsche Nation doch eine Tatsache war. „Dieser März 1848 ist die große Geschichtswende der Deutschen im 19. Jahrhundert. Es gibt seitdem Vormärz und Nachmärz. Die Geister, die Köpfe, die Herzen schieden sich, man mußte auf der einen oder der anderen Seite der Barrikaden stehen."[25]) Die berühmte Motion Friedrich Bassermanns vom 12. Februar 1848, eingebracht in der Zweiten Badischen Kammer, forderte eine Vertretung der deutschen Ständekammern beim Deutschen Bund. Für Baden war diese Motion der „Weckruf der Volksbewegung"[26]). Die Grundforderungen nach Pressefreiheit, Schwurgerichten, Volksbewaffnung, deutsches Parlament wurden überall neu und hoffnungsvoll gestellt. Die Ereignisse vollzogen sich nun in dichter Folge. Am 27. 2. 1848 fand in Mannheim, politische Vorreiterin in jenen stürmischen Jahren, eine große Volksversammlung statt, bei der selbst Hecker zur Beruhigung der Massen beitragen mußte. Diese von den Liberalen und Radikalen einberufene Bürgerversammlung löste einen Petitionssturm sämtlicher badischen Städte von Heidelberg bis Konstanz an die II. Kammer aus.[27]) Am 29. 2. folgte Heidelberg mit einer Versammlung. Der 1. März wurde für Karlsruhe ein großer Tag. Hunderte von Deputierten aus vielen Städten strömten in die Residenz. Die Züge von Mannheim—Heidelberg brachten Massen nach Karlsruhe. Die Agitation in den Wirtshäusern schlug hohe Wellen, es brodelte überall. Stürmische Szenen auch in der Kammer. Scharen von Menschen füllten die Gänge, Galerien und Tribünen. Mit Jubel wurde die von Bekk gemachte Zusage begrüßt, daß das vom Bundestag aufgehobene badische Preßgesetz von 1831 wieder wirksam würde, erstes Zugeständnis an die Masse. Hecker stellte die Forderungen auf: Aufhebung der Ausnahmegesetze von 1819, 1831, 1834, Beeidigung der Staatsbürger und des Heeres auf die Verfassung, Gleichberechtigung der Konfessionen, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung, Aufhebung des Feudalwesens, Einführung der progressiven Einkommensteuer. Er wollte die alten Forderungen auf der Stelle beschlossen haben, um die Gunst der Stunde zu nützen.[28]) Mathy gelang es mit Mühe, die Anträge einem Ausschuß zu überweisen, und dieser arbeitete schnell. Schon am 2. März konnte der Berichterstatter Welcker die um die Forderungen nach Ministerverantwortlichkeit, gerechte Verteilung der Staats- und Gemeindelasten, Unabhängigkeit der Richter usw. erweiterten Anträge dem Plenum vorlegen. Die Kammer stimmte einstimmig zu.[29])

Erschwert wurde die Lage der Regierung noch durch die Bauernrevolten und Judenkrawalle, auf die leider nicht näher eingegangen werden kann, hauptsächlich im Odenwaldgebiet, Main- und Taubergrund, welche das Land erschütterten und schließlich einen Einsatz von Truppen notwendig machten. In Karlsruhe herrschte in Regierungskreisen eine niedergeschlagene Stimmung, und der Großherzog bot in jenen Tagen das Bild eines schwachen und unentschlossenen Regenten. Daß die Bauernunruhen weniger einen radikalen politischen Hintergrund hatten, sondern die Bauern in erster Linie um eine erträgliche wirtschaftliche Existenz kämpften, zeigte sich auf der Offenburger Versammlung am 19. März, bei der die Bauern mit ihren Wünschen durch die politischen Ziele der Radikalen in den Hintergrund gedrängt wurden.

Die Einladung nach Offenburg hatten außer Hecker, Struve, Itzstein auch die liberalen Führer Welcker und v. Soiron unterzeichnet, während Bassermann und Mathy abgelehnt hatten.[30]) Aus der Unterschrift Welckers und v. Soirons glaubten viele Gemäßigte ablesen zu können, daß es sich in Offenburg nur um „ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volkes handle", obwohl Mathy und Bassermann gegen die Versammlung sprachen.[31]) In dem Aufruf, nach Offenburg zu kommen, hieß es: „Die freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes entbehren der Einigung. Die Aufregung äußert sich teilweise in beklagenswerten Ausbrüchen. Die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes treten zwar im Augenblick nicht offen auf, können aber leicht wieder ihre Macht entwickeln. Unter diesen Umständen ist zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volkes ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes notwendig, wenn sich nicht der gute Geist zersplittern oder gar von feindseligen Umtrieben unterdrückt sehen soll".[32]) Ein Aufruf der Staatsregierung vom 15. März 1848, unterzeichnet von Großherzog Leopold, zählte auf, welche Volkswünsche bereits erfüllt wurden und mahnte zur Einsicht und Besonnenheit. Trotzdem „strömten viele Tausende aus allen Ständen und Landesteilen an dem frühlingswarmen Sonntag nach Offenburg, um hier einige köstliche Stunden des neuangebrochenen Völkerfrühlings zu kosten. Namentlich waren auch die Landleute vom Schwarzwald in ihren malerischen Volkstrachten in hellen Haufen erschienen. Das Ganze trug das Gepräge eines großen, freien, fröhlichen Volksfestes. Die Stimmung war begeistert, von der gewaltigen Zeit gehoben, kein Streit und Parteihader trennte die Teilnehmer, die nur von frohen Hoffnungen beseelt waren und in ihrer rührenden Einfalt von politischen Formen, Gestaltungen und Schlagworten meist noch gar nichts wußten."[33]) Selbstverständlich wurden die angestrebten Beschlüsse nicht von der Riesenversammlung ausgearbeitet, sie wurden von einem kleinen Kreis am Vorabend formuliert. Sie wurden dann der Menge vorgelesen, bei der Unruhe von vielen nicht verstanden, aber trotzdem begeistert einstimmig angenommen. Es waren z.T. die Forderungen vom September 47, die wieder aufgenommen wurden, „z.T. ein verstärktes, gegen Bürokratie, Dynastie, Militär und Verfassungsverfälschung gerichtetes Bekenntnis zur folgerichtigen Demokratie".[34]) Von den Beschlüssen seien im Wortlaut angeführt: „Der Kampf der Volksherrschaft und der Einherrschaft hat begonnen. Deutschland, seit Jahrhunderten das große Schlachtfeld aller staatlichen und kirchlichen Kämpfe, wird auch jetzt wiederum den Zusammenstoß zwischen

Gustav Struve Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

dem despotischen Nordosten und dem freigesinnten Südwesten Europas am schwersten empfinden. Darum tut es not, daß unser Vaterland bei Zeiten eine feste Stellung seinen auswärtigen und inneren Feinden gegenüber einnehme.
Es verlangt daher vor allen Dingen:
Ein deutsches Parlament, welches im Großen seine Verhältnisse nach Innen und Außen kräftig ordne und frei gestalte, und dessen erste Aufgabe sein wird, der deutschen Nationalität und Selbständigkeit Anerkennung zu verschaffen. Was insbesondere unsere badenschen Angelegenheiten betrifft, so erklärt die Volksversammlung von Offenburg:

I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Teil der Beamten besitzen das Vertrauen des Volkes nicht, weil Einzelnen der gute Wille, Anderen die erforderliche Kraft fehlt. Das Volk kann kein Vertrauen in Männer setzen, welche vor wenigen Wochen noch als revolutionär bekämpften, was sie teilweise jetzt selbst zugestanden haben. Es läßt sich nicht täuschen durch das Vorschieben liberaler Persönlichkeiten. Anstößig ist dem Volke namentlich der Einfluß, welchen der Markgraf Wilhelm seit langer Zeit auf die Staatsgeschäfte überhaupt und das Militärwesen insbesondere ausgeübt hat. Nicht minder anstößig ist ihm der Einfluß einiger Personen aus der nächsten Umgebung des Großherzogs, welche man mit dem Namen Camarilla zu bezeichnen pflegt.

II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der ersten Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegierten besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes geopfert haben. Das Volk verlangt Abhilfe gegen diesen Übelstand vermittelst einer Revision der Verfassung.

III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluß der Censur und der Polizei gewählt wurden, und sich als blinde Werkzeuge in den Händen jeden Ministeriums erwiesen haben. Das Volk verlangt den Rücktritt der reactionären und gesinnungslosen Partei der zweiten Kammer.

IV. Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen: Demzufolge bildet sich:

1. In jeder Gemeinde des badenschen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volkes, so wie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen.
2. Sämtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein.
3. An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß.
4. Für jeden dieser Vereine bildet sich sofort eine Vereinskasse zur Bestreitung der notwendigen Auslagen.
5. Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden, und mit dem badischen Landesvereine in freundschaftlichen Verkehr zu treten.

V. Das Volk verlangt von der Ständeversammlung, daß sie die entschiedensten Maßregeln treffe, um zu bewirken, daß die Regierung:
1. Sofort eine Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2. Alsbald alle Abgaben abschaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa der direkten Steuern, und ihre Ausgaben decke durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer.

3. Daß alle Vorrechte, welchen Namen sie tragen, abgeschafft werden.
4. Daß ungesäumt die Schule von der Kirche getrennt werde."[35])

Als Mitglieder des Landesausschusses der Volksvereine wurden 16 Männer der äußersten Linken und als deren Obmann Friedrich Hecker ernannt. Durch die Schaffung der Volksvereine, dieser „Kluborganisation", wurde der Versuch gemacht, die politische Macht im Lande zu erringen. „Der Offenburger Beschluß schuf eine aktive Volkspartei in Baden, er bereitete die Republik unmittelbar vor."[36]) Und in der Tat, die Volksvereine leisteten landauf, landab wirkungsvolle Arbeit, gegen die die Vaterländischen Vereine der konstitutionellen Liberalen nicht aufkamen. Im Winter 1848/49 wurde Baden mit einem Netz von über 400 demokratischen Ortsgruppen überzogen und „wurden in jeder Bürgerwehr und jeder Heeresgarnison Vertrauensleute gewonnen und revolutionäre Zellen gebildet. Zum ersten Male wurde eine Parteiorganisation aufgebaut, die die letzte Ortschaft erfaßte..."[37]) Hier sind die Ansätze zu sehen, die Menschen politisch zu motivieren, die letztlich aber nur teilweise gelangen. Friedrich Engels gibt denn auch dem späteren Scheitern der Revolution dem Mangel an politischer Aufklärung und das sich daraus ergebende mangelnde Engagement der Bevölkerung große Schuld. Der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser, der verläßliche Beobachter jener Zeit und liberaler Abgeordneter der II. Kammer, beurteilt die Offenburger Versammlung vom März 1848 wie folgt: „Die revolutionäre Partei hatte zu Offenburg indessen Eines erreicht: sie hatte angefangen, die gesetzlichen Organe ganz ohnmächtig zu machen, das öffentliche Leben in Clubs, Wohlfahrtsausschüsse und leicht zu leitende Volksversammlungen zu verpflanzen, und auf diese Weise die noch vorhandenen Begriffe von Gesetz und Ordnung vollends zu verwirren. Man hatte die Probe gemacht mit der Behandlung und Ausbeutung einer solchen Menschenmasse, deren Kopfzahl den Verabredungen der Führer Gewicht und Ansehen geben mußte; es war nun einmal versucht worden, die Organe der konstitutionellen Monarchie zu umgehen und mit solchen Massenbeschlüssen die bestehende Regierung zu terrorisieren. Gelang es, diese Manoevres weiterhin über das Land zu verbreiten, war einmal die jetzt entworfene Organisation der Clubs durchgeführt und der leitende Mittelpunkt der Volksbewegung in den engen Kreis der revolutionären Parteimänner verlegt, dann kam auch die Zeit, wo man mit einem republikanischen Handstreich hervortreten durfte. So war hier allerdings das Programm der späteren revolutionären Taktik entworfen worden: und was am 19. März 1848 zu Offenburg als Same ausgestreut wurde, war später am 13. Mai 1849 zu reifer Frucht gediehen, man konnte sagen, zum Schrecken der Führer und Urheber selbst. Eine republikanische Schilderhebung war am 19. März verfrüht: eine genaue Betrachtung der Volksstimmungen mußte eher abmahnen als anspornen. Wenn Hecker das Volk aufforderte, ihm zu folgen, wenn er es zur Hülfe rufe, so gehörte eben wieder die ganze Illusion der Hecker'schen Individualität dazu, um aus dem Beifallruf vieler Tausende auf die bewaffnete und tätige Hülfe vieler Tausende von bereitwilligen Kämpfern zu schließen. Die unermeßliche Mehrzahl dachte nicht daran, daß ein solcher Ruf zum Streite einem republikanischen Putsch gelte; noch waren sie der Wahrheit, die Welcker's Erklärung damals aussprach, nicht unzugänglich: daß die Frage, welche Form Deutschland in Zukunft haben solle, nicht in einem südwestlichen Winkel Deutschlands, sondern von der ganzen Nation entschieden werden müsse."[38]) Wenn auch hier der konstitutionell gesinnte Liberale unverfälscht aus seinen Worten spricht, so ist ihnen doch nichts hinzuzufügen. Der Verlauf der Dinge gab Häusser recht.

Amand Goegg Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

füllung demokratischer Träume und letztlich welcher Absturz! In sich überstürzender Folge brachten die Maitage 1849 jene Gegebenheiten, welche in Baden die revolutionäre Erhebung herbeiführten.

Mit Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, daß entscheidend für das Gelingen einer revolutionären Erhebung das Verhältnis zur bewaffneten Macht sei. Dies zeigt auch der weitere Ablauf in Baden. Die geschwächte Regierung stimmte der Reichsverfassung, die im Volke einen begeisterten Widerhall gefunden hatte, mit Vorbehalt zu. Der Vorbehalt der Regierung, daß nämlich zu ihrer Zustimmung das Einverständnis der vier Königreiche vorliegen müsse, bot der Opposition natürlich Ansatzpunkte zum Angriff. Die II. Kammer verlangte am 10. Mai die amtliche Veröffentlichung der Reichsverfassung, „die Vereidigung auf sie von Militär und Zivil, Abwehr jedes Angriffes auf die Reichsverfassung und jedes Oktroyierungsversuches, Vorbereitung der Reichstagswahlen, Verzicht auf die Teilnahme an den Unionsverhandlungen in Berlin."[39]) Die Regierung, durch die Ablehnung der Verfassung durch Preußen nicht nur dort, sondern auch in München und Frankfurt brüskiert, leistete keinen nennenswerten Widerstand mehr und gewährte alles. Die Ereignisse gingen über sie hinweg. Die Sitzungsperiode der Kammern ging zu Ende. Sie hatten als letzte Aufgabe das badische Wahlgesetz vor sich, das an der Stelle der privilegierten Ersten Kammer eine Vertretung nach drei Steuerklassen vorsah. Die Zweite Kammer sollte nach dem Frankfurter Reichstagswahlrecht gewählt werden. Damit glaubte man, den Demokraten den Wind aus den Segeln nehmen zu können, aber: „Der Landesausschuß der Volksvereine ist äußerst unzufrieden; er will überhaupt keine Erste Kammer mehr, er hält die Grundrechte für verletzt. Badische und deutsche Motive wirken zusammen. Der Landesausschuß sieht die Regierung taumeln, er will nachstoßen. Es wird zur Volks-

Die Offenburger Versammlung vom 12./13. Mai 1849

Es muß nun ein Jahr überschlagen werden, das von höchster historischer Wichtigkeit war und ist. Vorbei gingen der Hecker- und Struve-Putsch in Baden, erfolglose, illusionistische und zum Scheitern verurteilte Unternehmungen. Es kann nur erinnert werden an die Auseinandersetzungen in der Deutschen Nationalversammlung, die provisorische Zentralgewalt, den Reichsverweser, an das Verfassungswerk, den Umschwung in Preußen und Österreich, an die Ablehnung der Kaiserkrone und der Reichsverfassung durch den König von Preußen. Und schließlich folgt der daraufhin einsetzende Kampf um die Reichsverfassung, die Reichsverfassungskampagne. Welche Fülle politischer Ereignisse, zusammengedrängt auf wenige Monate! Und welcher Höhenflug liberaler Hoffnungen, welch ein Aufbäumen zur Er-

bewaffnung aufgerufen."[40]) Und in diese Turbulenzen hinein brach am 12. Mai 1849 der Soldatenaufstand in Rastatt, ein ganz ungewöhnliches Ereignis! Die Gründe können in dem zur Verfügung stehenden Raum nur angedeutet werden: 1. Kurze Exerzierzeit des badischen Soldaten, lange Beurlaubung, nur 25—40 Mann blieben pro Kompanie im Dienst. Ein gutes Verhältnis zwischen Offizier und Mann und ein Zusammengehörigkeitsgefühl konnten so nicht entstehen. 2. Dafür erhöhte Macht der Unteroffiziere. 3. Üble Kanzleiwirtschaft, übertriebene Sparsamkeit, schlechter Einsatz der vorhandenen Mittel. 4. Uneinheitlichkeit (Gruppenbildung) des Offizierkorps, keine Bewältigung des Generationenproblems, kein Korpsgeist, Junkertum, Gespreiztheit, Mittelmäßigkeit. 5. Auf Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung hatte Baden die Mannschaftsstärke von 1% auf 2% der Bevölkerung erhöht. Auch diese neu eingezogenen Soldaten wurden nur kurze Zeit in den Kasernen belassen und dann nach Hause geschickt, wo sie den revolutionären Einflüssen ausgesetzt waren. Unter den neu Eingetretenen befanden sich naturgemäß auch viele Männer, welche die revol. Ideen und Ziele vertraten und einen entsprechenden Einfluß auf die Kameraden ausübten. Es waren auch solche Männer dabei, die schon mit Hecker gezogen waren. Man hatte sich Revolutionäre ins Heer geholt. 6. In Baden konnten sich die wohlhabenden vom Militärdienst freikaufen, und sogenannte Einsteher traten für sie den Dienst an. Die allgemeine Wehrpflicht machte dem Einsteherwesen ein Ende, es wurde im Februar entschädigungslos aufgehoben. Die meisten Unteroffiziere waren Einsteher, man machte sie unzufrieden und unsicher, und es war ein schwerer Fehler, daß die als Entschädigung gedachte Lohnerhöhung von der Kammer nicht rechtzeitig bewilligt wurde. Auch die schon vor den Maiereignissen den Unteroffizieren gegebene Möglichkeit, zum Offizier aufzusteigen, brachte nicht die erhoffte Wirkung. Neid und Mißgunst machten sich breit, viele Unteroffiziere traten aus der Armee aus. Insgesamt war also das Unteroffizierskorps nicht in der Verfassung, seine Aufgabe als Schaltstelle zwischen Offizier und Mann zu erfüllen und die jungen Leute positiv zu beeinflussen. 7. Der revolutionären Agitation wurde ihre Arbeit durch die unzufriedenen Soldaten leicht gemacht. Der Hebel wurde bei den beurlaubten Rekruten angesetzt. Diese wurden von Vätern, Brüdern und Verwandten unter Druck gesetzt, in die Kasernen gelangten Zeitungen und Druckschriften der Volksvereine. Die Soldaten bildeten Klubs, die mit der revolutionären Partei Zusammenkünfte hatten.

Die schnelle Verbindung der politischen Erhebung mit der Militärmeuterei in Rastatt und anschließend in allen wichtigen Garnisonsstädten des Landes leitete den Erfolg der Revolutionäre ein.

Lorenz Brentano Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Und wieder wurde das bewährte Offenburg zum Ausgangspunkt weitreichender politischer Ereignisse. Auf den 12. Mai wurde der Landesausschuß der badischen Volksvereine nach Offenburg einberufen, am 13. Mai sollte eine allgemeine Landesvolksversammlung stattfinden. Schon die Sitzung des Landesausschusses spiegelte die wilde Erregung jener Tage wider. Nur mit Mühe konnten die Besonnereren unter den Deputierten den Verlauf der Sitzung in der Hand behalten. Die Forderungen, die man erhob, beschränkten sich zunächst auf rein badische Belange: Rücktritt des Ministeriums, Konstituante aufgrund des allgemeinen Stimmrechts, Aufhebung der Kammerbeschlüsse seit dem 1. Januar, allgemeine Amnestie, Zurückberufung politischer Flüchtlinge.[41]) Eine Deputation brachte diese Forderungen sofort nach Karlsruhe, wo sie mit Bekk besprochen wurden. Dieser lehnte sie ab und machte auf die Folgen eines Umsturzes aufmerksam. „Er droht mit den Bajonetten des übrigen Deutschlands, das sich keine badische oder südwestdeutsche Republik gefallenlassen werde."[42]) Die Gespräche wurden dadurch so verschärft, daß ein Weg zueinander nicht mehr gangbar war.

Die Versammlung am 13. Mai ging über die Forderungen des Vortages weit hinaus. Man faßte folgende Beschlüsse:

1. Die Regierung muß die Reichsverfassung wie sie nach der durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage feststeht, unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung in andern deutschen Staaten zunächst in der bayrischen Pfalz unterstützen.
2. Das gegenwärtige Ministerium ist sofort zu entlassen und Bürger Brentano, Obergerichtsadvokat zu Mannheim, und Bürger Peter, Reichstagsabgeordneter von Konstanz mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.
3. Es muß alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammer eine Verfassung gebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesamte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt; diese Landesversammlung soll gewählt werden von uns aus den sämtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes, und zwar unter Beibehaltung der für die bisherige zweite Kammer bestandenen Wahlbezirke.
4. Es muß ohne allen Verzug die Volksbewaffnung ins Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18—30 Jahren als erstes Aufgebot sofort mobil zu machen. Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen.
5. Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurückzurufen, die politischen Militär- und Zivilgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen; namentlich verlangen wir aber auch die Entlassung derjenigen Militärgefangenen, welche infolge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disziplinar- und Insubordinations-Vergehen bestraft wurden.
6. Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden.
7. Bei dem Heer soll eine freie Wahl der Offiziere stattfinden.
8. Wir verlangen alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr.
9. Es müssen sämtliche Grundlasten unentgeltlich aufgehoben werden.
10. Es müssen die Gemeinden unbedingt selbständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden.
11. Es werden sämtliche von den sogenannten Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Januar l.J. gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das sogenannte Wahlgesetz vom 10. v.M., welches einen förmlichen Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält.

12. Die Geschworenengerichte sind für alle Kriminalfälle ohne Unterschied augenblicklich einzuführen, und kein einziger Kriminalprozeß darf mehr von Strafrichtern entschieden werden.
13. Die alte Verwaltungs-Bürokratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder anderer Körperschaften treten.
14. Einrichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Übergewicht der großen Kapitalisten.
15. Abschaffung des alten Steuerwesens, hierfür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle.
16. Einrichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. Hierdurch fällt der besondere Pensionsfonds für Staatsdiener von selbst weg.[43])

Das Wort Republik kommt auch in diesen Offenburger Beschlüssen merkwürdigerweise nicht vor. Die Frage der Proklamierung wurde zwar in der Debatte angesetzt, der Antrag wurde aber abgelehnt. Goegg, der Präsident der Versammlung, gibt als Grund an, daß die von den Vereinen gesandten Kongreßmitglieder meistens ältere, vermögende Familienväter waren, die „im Augenblick vor solch kühner Tat erschraken". Häusser meint, daß man befürchtete, daß ein republikanischer Putsch in Baden die Kräfte der Bewegung in Deutschland spalten und einen Rückschlag hervorbringen würde, der die demokratische Partei auf lange Sicht lähmen konnte. Es siegte „der besitzende Teil der Demokratie", während die ganz Radikalen meinten, daß der Augenblick zur Ausrufung der Republik günstiger sei als je und befürchteten, daß man durch das Zögern wieder eine nie wiederkehrende Gelegenheit versäume.[44]) Die Beschlüsse trugen die Unterschrift Amand Goeggs, der sie auch verfaßt hatte. Es war sein großer Tag, denn er setzte sich mit diesen Forderungen gegen den wegen Krankheit nicht anwesenden Brentano durch. Brentano selbst hatte eine Sturmpetition und den Sturz des Ministeriums, aber kein allgemeines Programm gewünscht, dessen Sozialismus ihn in Verlegenheit brachte.[45]) Goegg, eine der sympathischsten Figuren der Revolution, war „das Gefäß eines lauteren Geistes... kein menschenverachtender Dialektiker, sondern ein Weltverbesserer ohne Giftzahn, zähe in der Kritik aller Halbheiten und billiger Kompromißlereien, warm gläubig in der Vertretung seines Gesellschaftideals, unanfechtbar als Charakter und als Verwalter öffentlicher Angelegenheiten und Geschäfte — so wird er ganz natürlich in den Vordergrund der Geschehnisse getragen, die zu meistern er freilich nicht der Mann ist."[46]) Goegg, ein typisches Lebensschicksal jener Sturmjahre.

Der neue, durch Soldatenvertreter ergänzte Landesausschuß mußte nun die Offenburger Beschlüsse durchführen. Sein Weg führte ihn über Rastatt zum letzten Stoß gegen Regierung und Dynastie in das in vollem Aufruhr stehende Karlsruhe. Dort zog er — begeistert begrüßt — in die von Großherzog und Ministerium fluchtartig am 14. Mai 1849 verlassene Residenz ein und übernahm mit der Exekutivkommission Brentano, Eichfeld, Goegg und Peter die Regierungsgeschäfte.

Struve, Hecker, Schimelpening
Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Karrikatur auf Karl Mathy als „Polizeiminister" bei der Verhaftung Joseph Ficklers am 8. 4. 1848
Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Das Schicksal der badischen Volkserhebung nahm seinen Lauf.[47])

In der Rückblende sei die denkwürdige Offenburger Versammlung vom 13. Mai 1849 in verschiedener Sicht aufgezeigt.[48]) Zuerst komme der Revulutionär Goegg zu Wort: „Nachmittags 2 Uhr wurde dann vor dem Rathause auf dem Marktplatz die großartige, wohl gegen 40 000 Mann zählende Landes-Volksversammlung von Goegg mit den Worten eröffnet: ‚Nicht viel reden wollen wir diesmal, sondern handeln.' Es sprachen Heinrich Hoff, Werner, Germain Metternich aus Mainz, Stay, Savoie, Abgesandter der französischen Demokraten, und die Soldaten Codel und Ritter. Nachdem das oben mitgeteilte, die Konsequenzen einer sozialdemokratischen Republik enthaltene, von Goegg vorgelegte Programm angenommen worden war, forderte derselbe die Versammlung auf, vom Platz hinweg nach Rastatt zu ziehen, um dort mit den Bürgersoldaten die Revolution mit einem Schlage dem Ziel zuzuführen und die Republik zu proklamieren. Ein donnerndes Hurra gab aus wohl 35 000 Kehlen die Zustimmung." Und nun der konstitutionelle Liberale und kühle Betrachter Häusser: „Wer das heitere wohlhäbige Volk ansah, fühlte wohl, daß hier von tiefer Unzufriedenheit und revolutionärer Verbitterung viel weniger vorhanden war, als von Üppigkeit und Wohlleben; trotz der roten Farbe, die in Blumen und Bändern zu schauen war, dachten die harmlosen Leute nicht an die blutrote, sozialistische Republik. Für sie war die Versammlung ein Festtag, die ganze Bewegung erschien diesen alten Kindern wie eine heitere, unblutige Feier, wo ein Jeglicher ohne Mühe das los werden könne, was ihn drückte. Daß sie das Opfer einer nichtswürdigen Demagogie waren, die mit dem Wohlstand und der Freiheit eines reich begabten Volkes ein schmachvolles Spiel trieb, daß den roten Blumengewinden und Bändern bald ein anderes, blutiges Rot folgen werde, davon hatten die Meisten in ihrer unbeschreiblichen Naivität keine Ahnung." Dies ist natürlich ebenfalls viel zu einseitig gesehen, denn der verlangte Blutzoll wurde später von vielen in vollem Bewußtsein gebracht. Zum Schluß soll noch der Augenzeuge Joseph Victor von Scheffel zu Worte kommen: „Am 13. Mai war ein sonnenheller, frischer Sonntagmorgen über Offenburg aufgegangen. Von frühester Frühe an wimmelte ein buntes Leben durch die Straßen. Wie zur ersten Versammlung am 19. März 1848 zogen die Umwohner von nah und fern in der alten Reichsstadt ein. Dem Oberländer und Schwarzwälder waren durch die einjährige Praxis des Versammlungsrechts die Volksversammlungen zu einer Art Sonntagsvergnügen geworden, wo auch derjenige, dem die Politik ungeheuer egal war, doch die Gewißheit hatte, vor und nachher sich an einem frischen Trunk in frischer Gesellschaft letzen zu können. Um wie viel mehr mußten die

Massen an diesem Tage herbeiströmen, wo auch schon auf Dorf und Land die Ahnung hinausgedrungen war, daß heute etwas Entscheidendes geschehen würde. Für ein unbefangenes Gemüt war es trotz alledem erquikkend und erhebend, diese gesunde gewaltige Volkskraft so beisammen zu sehen, und manchem deutschen Professor und Beamten war der Anblick zu wünschen, um seine Begriffe von wirklichem, rotbackigem Volksleben zu vervollständigen. Von allen Seiten zog's heran. Auf großen Leiterwagen, zum Teil sechsspännig mit prächtigen Pferden fahrend, kamen die Mannen aus dem sogenannten Hanauer Ländle, d.h. aus den früher Hanau-Lichtenauischen Ämtern am Rhein — kräftige, frohe Burschen und Männer in ihrer unvergleichlichen Tracht, in der Sommer wie Winter gleichmäßig getragenen Pelzkappe, in roter Weste, weißer Jacke und schwarzen Hosen. Dort marschierte, in schwerem Tritt, den Knotenstock statt des Gewehrs in der Hand, mit blauer Blouse und schwarzem Hut angetan, eine Schar Volkswehrmänner aus dem Kinzigtal. Hier kamen mit Musik und Sang Turner von Bühl und Achern. Da sah man eine Gruppe, deren abenteuerliche Strohhüte auf einen weiten Marsch schließen ließen, den sie aus dem oberen Schwarzwald herunter gemacht hatten. Die Staffage war mannigfacher und bunter als bei der ersten Versammlung im März des vorigen Jahres. Aber welch ein Unterschied auch im äußeren Gebahren. Damals flackerten schüchtern und kaum der freien Luft schon gewohnt die schwarz-rot-goldenen Fahnen im Winde, und da und dort schaute von der Fahne der deutsche Reichsadler ins Land hinaus; damals war eine frische, schwarz-rot-goldne Stimmung und viel Hoffnung auf Alldeutschlands Zukunft in den Gemütern, — und jetzt! Kaum ein Jahr war vorübergerauscht, und schon war die alte Reichsfarbe abgenutzt und verblaßt und galt eher als Abzeichen des Philisters und Staatshämorrhoidars. Und dieselben Massen, die sich damals an der deutschen Tricolore freuten, kamen heute in rotem Farbenschmuck — wohl unbewußt dessen, was er bedeutete, denn Schwarzwälder Dorfgeschichten-Gemüter und blutroter Haß! wie kann's mit letzterem Ernst sein? Die Hanauer Bauern hatten sogar ihren Pferden große rote Blumensträuße auf die Häupter gesteckt und große rote Blumenguirlanden um die Wagen gebunden, also die rote Farbe mehr in scherzhaftem Dienst des Schönen als der Revolution verwendet. Anders freilich war's mit manchen Fahnen, auf deren Grund das alte Lied ‚Freiheit, Wohlstand und Bildung für alle' prangte. Den Träger einer solchen werde ich nie vergessen: eine mehr als Bassermann'sche Gestalt mit langem rotem Bart, feuerroter Mütze, kurzer blauer Jacke, und die Büchse trotzig um die Schultern gehangen; dazu einem Blick in seinem verwetterten Gesichte — ‚Der hätt' auch lieber auf seine Fahne schreiben sollen: Als druff! jetzt isch Zeit!' sagte einer der in der Nähe Stehenden. Unter gewaltigem Jubelruf fuhr der

Karl Theodor Welcker Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe

Bahnzug, welche den Landesausschuß nach Rastatt bringen sollte, gegen Abend von Offenburg ab; an jedem Bahnwartshaus, an jeder Station standen eine Menge Landleute im Sonntagsgewand und jauchzten dem Zuge zu. Daß ein trauriger Sommer diesem ‚Frühlingsanfang' nachfolgen sollte, wer dachte daran unter den Jubelnden! Mir aber, der gleichfalls landabwärts fuhr, war's schmerzlich zu Mute, je betäubender der Lärm draußen ertönte. Die wehmütige alte Volksweise

Wo's schneiet rote Rosen,
Da regnets's Tränen drein!

summte mir durch den Kopf und wollte mich nimmer verlassen."[49])

Und wahrhaftig, es hat viele Tränen geregnet, noch Jahre nach der Niederschlagung der badischen Erhebung von 1849. Das badische Wiegenlied gibt die Stimmung des besetzten Landes wieder[50]):

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er übers badische Land,
Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei, mein Kindlein schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!

Anmerkungen

[1]) Stiefel, a.a.O. S. 270/271
[2]) Landeszentrale, a.a.O. S. 39
[3]) Valentin I, a.a.O. S. 152—184
[4]) Landeszentrale, a.a.O. S. 40, Vollmer, a.a.O. S. 11—28
[5]) Valentin I, a.a.O. 153/154
[6]) Landeszentrale, a.a.O. S. 43, vgl. auch Blum, a.a.O. S. 21, Goldschmitt, a.a.O. S. 32—44, Vollmer, a.a.O. S. 29f.
[7]) Lautenschlager, a.a.O. S. 17 (Volksstaat u. Einherrschaft)
[8]) Langenfeld, a.a.O. S. 13
[9]) Lautenschlager, a.a.O. Agrarunruhen, vgl. auch Hofmann, a.a.O. zur Lage der bäuerlichen Bevölkerung auch Landeszentrale a.a.O. S. 39
[10]) Valentin I, a.a.O. S. 156, Stiefel, a.a.O. S. 269
[11]) Über die wichtigsten Personen jener Jahre erschienen in den Heften der Badischen Heimat folgende Beiträge:
Bassermann, Friedrich Daniel (geb. Mannheim 24. 2. 1811, gest. Mannheim 28. 7. 1855), BH 14, 1927, S. 178
Bekk, Johann Baptist (geb. Freiburg 29. 10. 1797, gest. Bruchsal 22. 3. 1855), BH 49, 1969, S. 140—141
Blind, Karl (geb. Mannheim 4. 9. 1826, gest. Heamstead/London 1907), Vom Bodensee z. Main 47, 1939, S. 188; BH 49, 1969, S. 142—144
v. Blittersdorff, Freiherr Friedrich Karl Landolin (1792—1861), BH 49, 1969, S. 145—146
Brentano, Lorenz (geb. Mannheim 4. 11. 1813, gest. Chikago 17. 9. 1891), BH 38, 1958, S. 294; BH 49, 1969, S. 153—155
Hecker, Friedrich (geb. Eichtersheim 28. 9. 1811, gest. St. Louis/USA 24. 3. 1881), BH 3, 1916, S. 193—194; EJ, 1960, S. 134
Mathy, Karl (geb. Mannheim 7. 3. 1807, gest. Karlsruhe 3. 2. 1868), BH 14, 1927, S. 178; MH 29, 1942, S. 263; EJ, 1969, S. 49—66
v. Rotteck, Karl (geb. Freiburg 18. 7. 1775, gest. Freiburg 26. 11. 1840), BH 37, 1957, S. 37—39, EJ, 1976, S. 93—97
v. Struve, Gustav (geb. München 11. 10. 1805, gest. Wien 21. 8. 1870), EJ, 1965, S. 37, 47
Welcker, Karl Theodor (1790—1869), EJ, 1937, S. 80; BH 3, 1916, S. 162
[12]) Lautenschlager, a.a.O. S. 24
[13]) ebda, S. 348
[14]) Valentin I, a.a.O. S. 161
[15]) Huber, a.a.O. S. 21
[16]) ebda, S. 25
[17]) Langenfeld, a.a.O. S. 14
[18]) Valentin I, a.a.O. S. 161
[19]) ebda, S. 161

[20]) Über die Offenburger Versammlung vom 12. 9. 1847 vgl. auch Stiefel, a.a.O. S. 274 und Kähni, a.a.O. S. 21 f.
[21]) Blum, a.a.O. S. 77
[22]) Valentin I, a.a.O. S. 162
[23]) ebda, S. 162, 163
[24]) ebda, S. 338
[25]) ebda, S. 339
[26]) ebda, S. 340
[27]) Langenfeld, a.a.O. S. 20
[28]) Valentin I, a.a.O. S. 342 f.
[29]) ebda, S. 342, Blum, a.a.O. S. 102 f.
[30]) Zur Offenburger Versammlung vom 19. 3. 1848 vgl. auch Valentin I, a.a.O. S. 347, 348, Kähni, a.a.O. S. 28 f., Vollmer, a.a.O. S. 66 f. Lautenschlager, a.a.O. S. 56—74
[31]) Häusser, a.a.O. S. 459
[32]) Blum, a.a.O. S. 104, 105
[33]) ebda, S. 105, vgl. auch Valentin I, a.a.O. S. 347
[34]) Valentin I, a.a.O. S. 347
[35]) Lautenschlager, a.a.O. S. 68—73
[36]) Valentin I, S. 348
[37]) Landeszentrale, a.a.O. S. 57
[38]) Häusser, a.a.O. S. 121, Lautenschlager, a.a.O. S. 64, 65
[39]) Valentin II, a.a.O. S. 510, vgl. auch Blum, a.a.O. S. 428 f.
[40]) Valentin II, a.a.O. S. 510
[41]) ebda, S. 511
[42]) Zitiert nach Valentin II, a.a.O. S. 512, vgl. auch Vollmer, a.a.O. S. 144
[43]) Lautenschlager, a.a.O. S. 362 f.
[44]) Goegg, a.a.O. S. 97 f, Häusser, a.a.O. S. 307
[45]) Valentin II, a.a.O. S. 513
[46]) ebda, S. 513
[47]) Zur Offenburger Versammlung vom 12./13. 5. 1849 vgl. auch Landeszentrale, a.a.O. S. 58, Stiefel, a.a.O. S. 281, Dreßen, a.a.O. S. 121 f.
[48]) Zitiert nach Vollmer, a.a.O. S. 153
[49]) nach Lautenschlager, a.a.O. S. 358 f.
[50]) Dreßen, a.a.O. S. 153

Literaturnachweis

Bekk, Johann Baptist, Die Bewegung in Baden vom Ende des Februars 1848 bis zur Mitte des Mai 1849, Mannheim 1852

Blos, Wilhelm, Hrsg. Denkwürdigkeiten des Generals Franz Sigel aus den Jahren 1848—1849, Mannheim 1906

Blum, Hans, Die deutsche Revolution 1848—49, Florenz und Leipzig 1897

Dreßen, Wolfgang, zusammengestellt von, 1848—1849, Bürgerkrieg in Baden, Chronik einer verlorenen Revolution, Berlin 1975

Goegg, Amand, Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischer und militärischer Verlauf, anonym herausgegeben in Zürich 1876

Goldschmit, Robert, Geschichte der badischen Verfassungsurkunde 1818—1918, Karlsruhe 1918

Häusser, Ludwig, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution, Heidelberg 1851

Hofmann, Karl, Die Unruhen der Jahre 1848 und 1849 im badischen Frankenland, Weinheim u. Leipzig 1911

Huber, Franz, Der 47er Ruf aus Offenburg, Offenburg 1931

Kähni, Otto, Offenburg und die demokratische Volksbewegung, Offenburg 1947

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Hrsg. Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979

Langenfeld, Ludwig, Die badische Revolution 1848—1849, Katalog zur Ausstellung der Stadt Karlsruhe 1973

Lautenschlager, Friedrich, Zur Vorgeschichte der badischen Agrarunruhen im Jahre 1848, Heidelberg 1915

Lautenschlager, Friedrich, Volksstaat und Einherrschaft, Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49, Konstanz 1920

Richter, Günther, Revolution und Gegenrevolution in Baden 1849, in ZGO, 190. Bd (der neuen Folge 80. Bd), Karlsruhe 1971

Stiefel, Karl, Baden, 1648—1952, Bd. I, 2. Aufl., Karlsruhe 1979

Stolzer, Otto, Offenburg im Wandel der Zeiten, in Bad. Heimat, 21. Jahrg., Jahresheft 1935 „Offenburg und die Ortenau", Freiburg 1935

Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution 1848—1849, 1. u. 2. Bd., Köln und Berlin 1970

Vollmer, Franz X., Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden (Modelle zur Landesgeschichte), Frankfurt 1979

Walter, Kasimir, Kurzer Abriß der Geschichte der Reichsstadt Offenburg, Offenburg 1896